

Deutschland-Kandel: Betreuung in Tagesstätten

OJ S 71/2023 11/04/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Kandel

Postanschrift: Gartenstr. 8

Ort: Kandel

NUTS-Code: DEB3E Germersheim

Postleitzahl: 76870

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Zentrale Vergabestelle Wörth-Kandel-Hagenbach

E-Mail: christian.hengen@woerth.de

Telefon: +49 7271/131-242

Fax: +49 7271/131-9242

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.vg-kandel.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E81326271>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E81326271>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Trägerschaft Kita Pestalozzistraße Kandel

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

85312100 Betreuung in Tagesstätten

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

In der Stadt Kandel (ca. 9.100 Einwohner), Landkreis Germersheim, Rheinland Pfalz, gibt es zukünftig fünf Kindertageseinrichtungen mit 475 Betreuungsplätzen, welche sich in freier Trägerschaft oder kommunaler Trägerschaft befinden und im Bedarfsplan des Landkreises Germersheim und der Stadt Kandel enthalten sind. Davon soll der Betrieb von einer neuen Kindertageseinrichtungen an einen freien Träger vergeben werden.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB3E Germersheim

Hauptort der Ausführung: Pestalozzistraße 6 Kandel

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

In der Stadt Kandel (ca. 9.100 Einwohner), Landkreis Germersheim, Rheinland Pfalz, gibt es zukünftig fünf

Kindertageseinrichtungen mit 475 Betreuungsplätzen, welche sich in freier Trägerschaft oder kommunaler

Trägerschaft befinden und im Bedarfsplan des Landkreises Germersheim und der Stadt Kandel enthalten sind.

Davon soll der Betrieb von einer neuen Kindertageseinrichtungen an einen freien Träger vergeben werden.

Die Kita „Pestalozzistraße“, in der Pestalozzistraße gelegen, ist für 125 Regelplätze ausgelegt.

Die Erbringung der Leistung soll im Rahmen des LANDESGESETZ über die Erziehung, Bildung und Betreuung

von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (KiTaG)) erfolgen. Darüber hinaus wird mit dem

jeweiligen Träger eine Vereinbarung über die Aufbringung der Sachkosten der Kindertageseinrichtungen

geschlossen.

Die Übergabe der Trägerschaft soll ab dem 01.September 2023 erfolgen. Der freie Träger erklärt sich bereit, in

sämtliche bestehenden Verträge, einzutreten.

Zur Gestaltung des Alltags in der Einrichtung wird zwischen dem Träger und der Stadt Kandel ein Konzept

festgelegt.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Ausarbeitung zur Einsatzgestaltung des pädagogischen und technischen Personals (Personalbestand; Vertragsbindung/-gestaltung; Personalentwicklung etc.) / Gewichtung: 20%

Qualitätskriterium - Name: Qualitätskriterium Betreuungs-, Erziehungs- Bildungskonzept / Gewichtung: 20%

Qualitätskriterium - Name: Qualitätskriterium Vernetzung / Kooperationen / Sozialraumorientierung / Gewichtung: 10%

Qualitätskriterium - Name: Qualitätskriterium Elternbeteiligung / Zusammenarbeit mit Eltern / Gewichtung: 10%

Qualitätskriterium - Name: Qualitätskriterium Reaktionszeit / Gewichtung: 5%

Qualitätskriterium - Name: Verpflegungskonzept nach den Ernährungsrichtlinien Kita, Aussage über die konzeptionelle Ausgestaltung: gesunde Ernährung Preisbildung / Gewichtung: 5%

Kostenkriterium - Name: Kostenkriterium Eigenanteil des Trägers / Gewichtung: 30%

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 72

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

jeweils um ein Jahr ohne Kündigung

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Bitte beachten Sie, dass die Unterlagen zwingend elektronisch über die Vergabepattform eingereicht werden

müssen. Eine Übermittlung per E-Mail oder auf dem Postweg ist nicht möglich.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Erklärung, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen worden sind oder vorliegen, die Eignung

oder Zuverlässigkeit gem. § 42 VGV i. V. m. § 123. 124 GWG in Frage stellen z. B. wirksames Berufsverbot (§

70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a STPO), wirksame

Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO),

rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen das Unternehmen wegen:

Bildung Krimineller oder terroristische Vereinigungen im Ausland, (§129 b StGB),

Terrorismusfinanzierung

(§89a Abs. 2 Nr. 2 und 89c StGB). Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte (§261

StGB), Betrug (§263 StGB), Subventionsbetrug (§264S tGB), Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen

Verkehr (§299 StGB), Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§108e

StGB), Vorteilsgewährung und Bestechung (§§333, 334S StGB ggfs .i. V. m. 335a StGB),

Bestechung

ausländischer Abgeordneter in Bezug auf internationalem Geschäftsverkehr (Art.2 §2 Gesetz zur Bekämpfung int. Bestechung) Menschenhandel oder Förderung des Menschenhandels (§§ 232, 233 233a StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB) Erpressung (§253 StGB), Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§267StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§268 StGB), Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§283ff. StGB), Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§319 StGB), Gewässer-und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), die mit Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Erklärung dass kein Verstoß gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat und/oder mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist, vorliegt. Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. §150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister. Bietergemeinschaften sind zugelassen. Die Gewährleistung der gesamtschuldnerischen Haftung auch über die Auflösung der ARGE hinaus ist durch eine verbindliche Erklärung nachzuweisen. Als vorläufiger Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen wird die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV akzeptiert Im Falle der Vorlage einer EEE haben Bergewerbergemeinschaften für alle Mitglieder eine separate EEE abzugeben. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlang auch von Dritten abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient und ihm die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen
2. Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Verpflichtung zur Vorlage einer Berufshaftpflichtversicherung wenn vorhanden, und wenn nicht vorhanden die

Eigenerklärung, das im Auftragsfall eine entsprechende Berufshaftpflicht im folgenden Umfang abgeschlossen wird,

mit folgenden Deckungssummen:

- Personenschäden: 5 000 000 EUR,
- Sach- und Vermögensschäden: 1 000 000 EUR,
- Mietsachschäden: 1 000 000 EUR
- Obhut- und Bearbeitungsschäden: 1 000 000 EUR,
- Schlüsselschäden: 50 000 EUR.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

1. Ein Nachweis über die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gem. 75 SGB VIII ist vorzulegen.
2. Eine aktuell gültige Betriebserlaubnis gemäß § 45 SGB VIII für den Betrieb einer (anderen) Kita ist vorzulegen,
3. Eine Referenz ist vorzulegen, die folgende Mindestanforderungen erfüllt:
Aussagekräftige Darstellung (maximal 3 Seiten): von mind. 1 geeigneten Referenz über frühere /aktuell ausgeführte Dienstleistungsaufträge, welche vergleichbar zu einer Kita Trägerschaft sind. Mit stichwortartiger Beschreibung und Angabe des Leistungszeitraums, des Auftraggebers (Kommune) inklusive Ansprechperson für Referenzprüfung mit Kontaktdaten (Adresse, Telefon) oder Referenzschreiben und des Auftragsumfangs

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes VerfahrenBeschleunigtes VerfahrenBegründung:

Hinreichende Dringlichkeit, da ein Offenes Verfahren ohne verwertbares Angebot endete und die Kita am

01.09.2023 übergeben werden soll. Auch muss die Pflicht zur Bereitstellung der Betreuungsplätze erfüllt werden.

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 24/04/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 22/05/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 24/04/2023 Ortszeit: 10:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Bitte fassen Sie die Bewerbungsunterlagen in möglichst wenige Einzeldokumente (PDF, ZIP o. ä.)

Wir empfehlen Ihnen dringend eine kostenlose Registrierung als Bewerber auf der Vergabepattform subreport.

Nur dann können Sie aktiv informiert werden, sobald eine neue Version der Unterlagen von der Vergabestelle

veröffentlicht wird oder neue Nachrichten zum Verfahren vorliegen.

Sofern Sie sich nicht registrieren, müssen Sie sich eigenverantwortlich auf der angegebenen Internetseite zum

aktuellen Stand des Vergabeverfahrens informieren.

Formale Anforderungen an die Referenzblätter

Es bestehen keine formalen Anforderungen an Zahl oder Größe von Referenzblättern.

Zu Bietergemeinschaften:

Im Falle einer Bietergemeinschaft verpflichten sich ihre Mitglieder zur gesamtschuldnerischen Haftung. Die geforderten Erklärungen sind von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft vorzulegen.

Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Einreichung des Angebotes gebildet haben, werden nicht zugelassen.

Die Leistungsabgrenzung innerhalb der Bietergemeinschaft ist darzustellen.

Die Funktionen, Abläufe und Zuständigkeiten der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sind in einem

Organigramm, welches dem Angebot beizufügen ist, nachvollziehbar darzustellen. Für jedes Mitglied

der Bietergemeinschaft ist ein eigener Bewerbungsbogen zu erstellen.

Das Angebot muss die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten. Die

Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen.

Fehlende Unterlagen können nachgefordert werden.

Der Auftraggeber, die Stadt Kandel übernimmt maximal 50% des Freien Trägeranteils, dies ist nicht verhandelbar.

Mitteilung über Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens/Bieters Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es/er unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1.

Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

Telefon: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

Internet-Adresse: <http://www.mwkel.rlp.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

§ 160 Abs. 3 GWB

Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des

Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2 Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der

in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu

wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

Telefon: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

Internet-Adresse: <http://www.mwkel.rlp.de>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

06/04/2023